



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2021-2024

Dienstag, 28. September 2021, 18.00 – 19.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Matthias Ebnetter (FLiG)
Anwesend	28 Mitglieder
Entschuldigt	Martin Pfister (Die Mitte) Florin Scherrer (Die Mitte)
Anwesend Stadtrat	5 Mitglieder

Traktanden

- 01 Sana Fürstenland AG; Beitrag 2021 aufgrund Covid-19 Pandemie
- 02 Neue Vorstösse

01**Sana Fürstenland AG; Beitrag 2021 aufgrund Covid-19 Pandemie**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Mai 2021 mit folgendem Antrag:

Der Sana Fürstenland AG wird aufgrund der Covid-19 Pandemie ein einmaliger A-fonds-perdu-Beitrag von CHF 800'000 geleistet.

Die Vorberatende Kommission (VBK) stellt am 15. September 2021 folgende Anträge:

1. *Der Sana Fürstenland AG wird aufgrund der Covid-19 Pandemie ein einmaliger A-fonds-perdu-Beitrag von CHF 800'000 geleistet.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen eines zweckmässigen Beteiligungsmonitorings bei der Sana Fürstenland AG sicherzustellen, dass er semesterweise transparent über den Stand der Finanzen sowie über die mittelfristige Finanz- und Liquiditätsplanung informiert wird.
Die Kenntnismassnahmen der Monitoringberichte gelten als Geschäfte des Stadtrates und können durch die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission eingesehen werden.*
3. *Das Parlament ist vom Stadtrat einmal jährlich und ergänzend zum Geschäftsbericht in einem zusammenfassenden Bericht zur Lage der Sana Fürstenland AG zu informieren.*

Der Stadtrat unterstützt mit Beschluss vom 16. September 2021 die Anträge der VBK.

Eintretensdiskussion

Gallus Hälgi (SVP) erklärt, basierend auf detaillierten Jahresrechnungen, Budgets, Planzahlen, dem ergänzenden Bericht der Revisionsstelle, Berichten von Fachpersonen usw. hat sich die VBK ein umfassendes Bild der aktuellen Gegebenheiten gemacht und folgende Personen angehört: Karin Schiess Vontobel, Geschäftsleiterin, Andrea Rusch, Ressort Finanzen, Marcel Schöni, Mitglied des Verwaltungsrates, Gianmarco Zanolari, Vertreter der Revisionsstelle, Boris Tschirky, Mitglied des Verwaltungsrates, Vizepräsident und Vertreter der übrigen Aktionärsgruppen, Daniela Sieber, Leiterin Abteilung Alter beim Amt für Soziales des Kantons St. Gallen.

Vor einem Jahr wurde für 2021 mit einem ausgeglichenen Budget, insbesondere aufgrund der Schliessung des Altersheims Espel, gerechnet. Im Dezember 2020 trafen die tragischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auch die Sana Fürstenland AG. Nach zahlreichen Corona-bedingten Todesfällen und aufgrund fehlender Neueintritte sank die Auslastung der verfügbaren Pflegeplätze um rund ein Drittel, was zu erheblichen finanziellen Einbussen führte. Die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat haben umgehend das Budget 2021 revidiert und neu ein Defizit von rund CHF 1,6 Mio. für 2021 prognostiziert. Mittels rasch eingeleiteter Massnahmen konnten bereits beachtliche finanzielle Optimierungen erzielt werden, so dass die Geschäftsleitung aktuell ein Minus von rund CHF 700'000 für dieses Jahr erwartet.

Alters- und Pflegeheime wurden insbesondere in der ersten Welle der Pandemie mit den Vorschriften, welche uns allen bekannt sind, beachtlich tangiert. Die finanziellen Auswirkungen sind nun vor allem in der mangelnden Liquidität erkennbar, womit die Sana Fürstenland AG in eine Situation kommt, wo sie ihre laufenden Verpflichtungen nicht mehr fristgerecht begleichen kann. Insbesondere die per Ende Jahr anstehenden Mehrausgaben wie der 13. Monatslohn bringt das Unternehmen in eine sehr unglückliche Lage. Wie der VBK von Seiten des Verwaltungsrates sowie auch vom Kanton St. Gallen bestätigt wurde, können Alters- und Pflegeheime keine Härtefall-Gelder beantragen.

Der Grund, dass der angefragte Geldbetrag in Form eines A-fonds-perdu-Beitrages und nicht in Form eines zinslosen Darlehens gewährt werden soll, liegt darin, dass ein Darlehen in naher Zukunft nicht amortisiert werden könnte und die Bonität für die anstehenden Kreditanfragen i. S. Baufinanzierung beeinträchtigt würde. Nur ein A-fonds-perdu-Beitrag trägt zu einer nachhaltigen Sanierung des Unternehmens bei.

Aus den Befragungen und Unterlagen ist erkennbar, dass in der Vergangenheit die Kommunikation zwischen dem Verwaltungsrat und den Aktionärsgemeinden eher dürftig, oberflächlich und somit nicht optimal war. Der neue Verwaltungsrat hat dies erkannt und möchte der Kommunikation nun mehr Gewicht geben. Vor allem auch die geplanten Optimierungen im Bereich des Reportings und Monitorings der operativen Geschäftsführung in den Verwaltungsrat erachtet die VBK als zielführend. Der VBK ist es ein grosses Anliegen, dass die Kommunikation in Zukunft aus dem Kreis des Verwaltungsrates an die Aktionärsgemeinden und im Falle von Gossau, auch in die GPK und abschliessend ins Parlament, in regelmässigen Abständen in Form von Berichterstattungen aus der Sana Fürstenland AG erfolgt.

Obwohl der geplante Neubau am Standort Andreaszentrum keinen direkten Zusammenhang mit dem Antrag des Stadtrates zur Sprechung eines A-fonds-perdu-Beitrages hat, nutzte die VBK diesen Moment auch für einen Ausblick in die Zukunft der Sana Fürstenland AG. Gutachten zeigen auf, dass durch das Umsetzen einiger weniger Optimierungen innerhalb des Bauwerks, d.h. im Pflgetrakt, ein gewinnbringender Betrieb des Alters- und Pflegeheims am neuen Standort möglich ist. Weitere Standorte wurden geprüft und für nicht optimal qualifiziert, weshalb das lancierte Bauvorhaben weiterverfolgt werden soll. Mit substanziellen Einsparungen beim Projekt, die in die nächsten Planungsschritte einfließen werden, wird erwartet, dass damit die Baukosten betragsmässig in Millionenhöhe reduziert werden können. Die VBK erachtet somit die baulichen Anpassungen als zwingend, da eine nicht gewinnerzielende "Nice to have"-Lösung von Seiten der Bürgerschaft nicht toleriert wird. Im Weiteren hat die VBK die Erwartungshaltung, dass in den weiteren Schritten im Planungs- und Bewilligungsverfahren auch von Seiten der Verwaltung fehlerfreie Arbeit erfolgt. Gerade die Zurückweisung des Gesuchs durch den Kantons aus formellen Gründen hat ebenfalls massgeblich zur Kritik aus der Bevölkerung gegenüber der Sana Fürstenland AG und dem damit verbundenen Neubau beigetragen.

Die VBK unterstützt den Antrag des Stadtrates einstimmig und beantragt somit ebenfalls, die von der Sana Fürstenland AG angefragten CHF 800'000 zu sprechen. Durch die beiden Zusatzanträge erhofft sich die VBK eine Verbesserung der Zusammenarbeit aller involvierten Stufen und eine gewisse Transparenz i. S. Mittelverwendung. Gerade die Parlamentarier als Vertreter der Gossauer und Arnegger Stimmbürgerschaft müssen und dürfen mehr erfahren, wo und wie die gesprochenen Mittel eingesetzt werden. Die im Zeitungsartikel vom letzten Freitag im St. Galler Tagblatt abgedruckte Aussage von Stadträtin Helen Alder Frey ist erfreulich, hat sie doch gesagt, dass der Verwaltungsrat der Sana Fürstenland AG die Forderungen der VBK nachvollziehen kann und sie zur Kooperation bereit seien. Für die VBK ist es selbstverständlich, dass die von ihr geforderten Informationstätigkeit jeweils auch an die Exekutivgremien der übrigen Aktionärsgemeinden erfolgt. Die VBK ist der Überzeugung, dass sie sich mit den zur Verfügung gestandenen Mitteln (gemeint sind das Einfordern und das Studium von diversen Unterlagen und die Befragungen von Personen) den bestmöglichen Überblick zur Beurteilung des Berichtes und Antrages des Stadtrates verschaffen konnte. Darauf stützend hat sich die VBK einstimmig für Antrag 1 und die eigenen Anträge 2 und 3 ausgesprochen.

Stadtpräsident Wolfgang Giella sagt, ein wichtiges Element für die Entscheidung im Stadtrat, in den Räten und nun auch im Stadtparlament ist neben der klaren Faktenlage auch das Vertrauen. Dieses Vertrauen entsteht nicht über Nacht und musste auch in der VBK erarbeitet werden. Die VBK hat mit Personen aus dem Umfeld der Sana Fürstenland AG zahlreiche Anhörungen durchgeführt. Alleine die Geschäftsleitung der Sana Fürstenland AG mit ihrer Professionalität, ihrem Engagement, ihrem Unternehmergeist, der Planungsfähigkeit, aber auch ihrer Ehrlichkeit war ein wichtiger Posten dieser Vertrauensbildung. Auch die Aussagen des neuen Verwaltungsrates haben sehr geholfen, Vertrauen aufzubauen. Der negative Anlass, nämlich der A-fonds-perdu-Beitrag, über den Sie jetzt beschliessen werden hat etwas Wichtiges und sehr Positives gezeigt: Die Sana Fürstenland AG ist in allen Belangen sehr gut aufgestellt und bietet Gossau und den beteiligten Gemeinden einen guten Service im Rahmen der baulichen und geographischen Lage an. Ich bin überzeugt, dass die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden der Sana Fürstenland AG, aber auch der Verwaltungsrat gut aufgestellt sind und das Geld, worum wir Sie heute bitten, zwar à fonds perdu ist, aber eben nicht perdu sein wird, sondern als Investition verstanden werden muss.

Stefan Harder (FLiG) sagt, die Sitzungen der VBK waren immer konstruktiv und lösungsorientiert. Der Entscheid der VBK, dem A-fonds-perdu-Beitrag zuzustimmen, basiert auf den Aussagen der angehörten Personen,

die alle zuversichtlich waren, dass die Sana Fürstenland AG erfolgreich sein wird. Die positive Entwicklung des Geschäftsjahres zeigt, dass die Sana Fürstenland AG auf dem richtigen Weg ist und der Markt wieder anzieht. Der Neubau des Alters- und Pflegezentrums wird nicht in Frage gestellt. Es gibt keine Alternative bezüglich Standort oder Grösse. Die FLiG unterstützt die Anträge der VBK einstimmig.

Birgit Frei-Urscheler (Die Mitte) sagt, die VBK konnte die Ausgangslage und die langfristige Fortführung der Sana Fürstenland AG im Sinn der Nachhaltigkeit intensiv prüfen. Die vertieften Einblicke der VBK haben gezeigt, dass auch aktuelle Überprüfungen des Neubauprojekts zum klaren Ergebnis kommen: Das Projekt wurde sorgfältig evaluiert und ausgewählt, der Standort ist richtig und geeignet. Die Grösse des Neubaus ist notwendig, um den Betrieb kostendecken zu führen. Die Tatsache, dass das vorliegende Defizit der Pandemie geschuldet ist und es sich nicht um ein strukturell verschuldetes Defizit handelt, bildet für Die Mitte-Fraktion zusammen mit den Argumenten für den Neubau die Grundlagen, dass der notwendige Beitrag über CHF 800'000 im Sinn einer Härtefallentschädigung gesprochen werden muss. Ein enger und regelmässiger Austausch zwischen Stadtrat und Verwaltungsrat erachtet die Fraktion als zentral für eine gute Zusammenarbeit. Die Mitte-Fraktion steht hinter den Anträgen der VBK.

Monika Gähwiler-Brändle (SP) sagt, die VBK hat den durch die Pandemie verursachten finanziellen Engpass der Sana Fürstenland AG durchleuchtet. Darin lag die Chance, nebst der Prüfung des Beitragsgesuches, den Blick auf die Gesamtsituation zu öffnen und die Zukunft mit dem Neubau mitzudenken. Die VBK hat durch die offenen Gespräche einen tiefen Einblick erhalten, wie es der Geschäftsleitung gelingt, trotz schwieriger Umstände das Personal zusammenzuhalten. Der Verwaltungsrat musste sich neu zusammensetzen und hat das Ruder in kurzer Zeit in die Hand genommen. Die zahlreichen der VBK zur Verfügung gestellten Unterlagen und die Antworten der angehörten Personen, auch auf die unangenehmen, vertraulichen oder kritischen Fragen, bildeten die Grundlage für die Beratung in der VBK. Das in der VBK gewonnene Vertrauen in die Sana Fürstenland AG möchten wir aus dem Parlament in die Bevölkerung tragen. Die SP unterstützt die Anträge der VBK.

Kathrin Moser (FDP) begrüsst die kritische Haltung gegenüber dem Geschäft, sowohl in der VBK als auch in der FDP-Fraktion. Die VBK prüfte anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen und der durchgeführten Befragungen, ob die Sana Fürstenland AG mit dem einmaligen A-fond-perdu-Beitrag künftig auf eigenen Beinen stehen kann. Die aktuelle Führung der Sana Fürstenland AG erscheint motiviert und kompetent. Der Zukunft der Sana Fürstenland AG und des Neubaus kann daher, wenn auch vorsichtig, optimistisch begegnet werden. Die Alternative zur Sprechung des einmaligen A-fond-perdu-Beitrag wäre der Konkurs der Sana Fürstenland AG mit allen Konsequenzen für die Heimbewohner und die Stadt Gossau. Diese ist aufgrund des Sozialhilfegesetzes verpflichtet, eine gewisse Anzahl Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen. Die aktuell fehlenden flüssigen Mittel sind auf die Corona-Pandemie bzw. auf die damit zusammenhängende reduzierte Auslastung zurückzuführen. Wie bereits vernommen, kann die Sana Fürstenland AG keine Härtefallgelder des Bundes oder des Kantons beanspruchen. Die Beantragung eines A-fond-perdu-Beitrages bei den Aktionärsgemeinden erscheint deshalb naheliegend. Trotzdem wurde dieses Sanierungsmittel sowohl in der VBK als auch in der FDP-Fraktion hinterfragt. Als mögliche Alternativen wurden ein zinsloses Darlehen mit Rangrücktritt oder eine Aktienkapitalerhöhung in Betracht gezogen. Der Vorteil dieser Alternativen wäre, dass das Geld in die Stadtkasse zurückgeflossen wäre. Allerdings verhält es sich tatsächlich so, dass die CHF 800'000 an die Sana Fürstenland AG nicht mehr einbringlich gemacht werden können. Mit den Anträgen zwei und drei der VBK kann ein deutliches Signal an die Führung der Sana Fürstenland AG gesendet werden, dass das Parlament über den Stand in der Sana Fürstenland AG informiert werden möchte und Nachlässigkeiten nicht geduldet werden. Die Mehrheit der FDP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Andreas Oberholzer (SVP) sagt, die VBK hat genau und kritisch hingeschaut, denn es geht nicht nur um den Beitrag von CHF 800'000 sondern auch um die Zukunft der Sana Fürstenland AG. Die Antworten von Karin Schiess Vontobel und Marcel Schöni in den Hearings konnten die VBK überzeugen, dass das Fass zu zwei Dritteln zugeschweisst ist. Wir hoffen, dass mit dem A-fonds-perdu-Beitrag von CHF 800'000 und den restlichen CHF 200'000 das Fass ganz zugeschweisst werden kann. Die bereits begonnenen Kostenoptimierungen müssen fortgeführt werden. Die Stadt Gossau wird gebeten, bei Baueingaben keine Formfehler mehr zu machen. Die SVP-Fraktion wird die Anträge grossmehrheitlich unterstützen.

Florian Kobler (SP) möchte auf die Arbeitnehmer im Pflegebereich hinweisen und einen Blick in die Zukunft des Pflegeberufs wagen. Der Pflegeberuf ist seit jeher herausfordernd und die Anforderungen an den Beruf werden weiter steigen. Auf immer pflegebedürftige Personen kommen immer weniger Pflegenden. Der Pflegenotstand ist vielerorts bereits Realität. Sobald die Pandemie vorbei ist, werden die Betten wieder belegt sein. Es ist wichtig, dass die Arbeitsbedingungen der Pflegenden schweizweit verbessert und genügend Pflegefachpersonen ausgebildet werden. Die Annahme des A-fonds-perdu-Beitrages an die Sana Fürstenland AG ist ein Zeichen an die Mitarbeitenden, die Wichtigkeit ihres Berufs und die gesicherte Zukunft ihres Arbeitsplatzes. Ich würde es begrüßen, wenn die Sana Fürstenland AG in ihrem zusammenfassenden Bericht auch über die personelle Situation informieren würde.

Abstimmung

Antrag 1 Stadtrat und VBK (Kredit)

Dem Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 Stadtrat und VBK (Beteiligungsmonitoring)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 3 Stadtrat und VBK (Bericht zur Lage der Sana Fürstenland AG)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

02

Neue Vorstösse

Der Präsident orientiert über folgende eingegangene Vorstösse:

- Einfache Anfrage Werner Bischofberger (SP) «Attraktiver Schulweg Andwil – Gossau»
- Postulat Florian Kobler (SP), Monika Gähwiler-Brändle (SP), Itta Loher (SP), Werner Bischofberger (SP) «Einbürgerungshürden senken»

Der Präsident



Matthias Ebnetter

Die Stadtschreiberin



Beatrice Kempf

Die Mitglieder von Parlament und Stadtrat treffen sich anschliessend im Restaurant Werk 1. Dazu sind auch weitere interessierte Personen eingeladen.

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. Oktober 2021 genehmigt.